

Die ungelöste Eurokrise

Die Bundesregierung behauptet, die Eurokrise klinge ab. Letztlich sei die Eurorettungspolitik doch erfolgreich gewesen. Dafür werden zwei Belege angeführt:

- Die Kapitalmarktzinsen für Staatsanleihen der Krisenstaaten sind stark zurückgegangen.
- Die Leistungsbilanzen der Krisenstaaten sind nicht mehr defizitär, sondern weisen kleine Überschüsse auf.

Beide Beobachtungen sind richtig, aber die darauf basierende Schlussfolgerung, dass die Krise überwunden sei und die Instrumente des Krisenmanagements erfolgreich gewesen seien, ist falsch. Dies zu zeigen, ist die Absicht des folgenden Texts:

Tatsächlich ist die Krise in allen drei Aspekten (Staatsschuldenkrise, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft und Bankenkrise¹) unbewältigt. Teilweise ist der Zustand heute schlimmer als vor vier Jahren. Dies zeigt ein Blick auf die Daten sehr deutlich².

Damit gefährdet die Eurokrise den bemerkenswerten Erfolg der wirtschaftlichen Integration Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zu diesem Erfolg haben die EU und ihre Vorläuferorganisationen in erheblichem Maße beigetragen. Ich führe diese eng mit dem Europäischen Binnenmarkt verknüpfte Entwicklung nur in einer kurzen „historischen“ Betrachtung in Anhang 2 vor Augen, weil sie nicht das eigentliche Thema dieser Ausarbeitung ist.

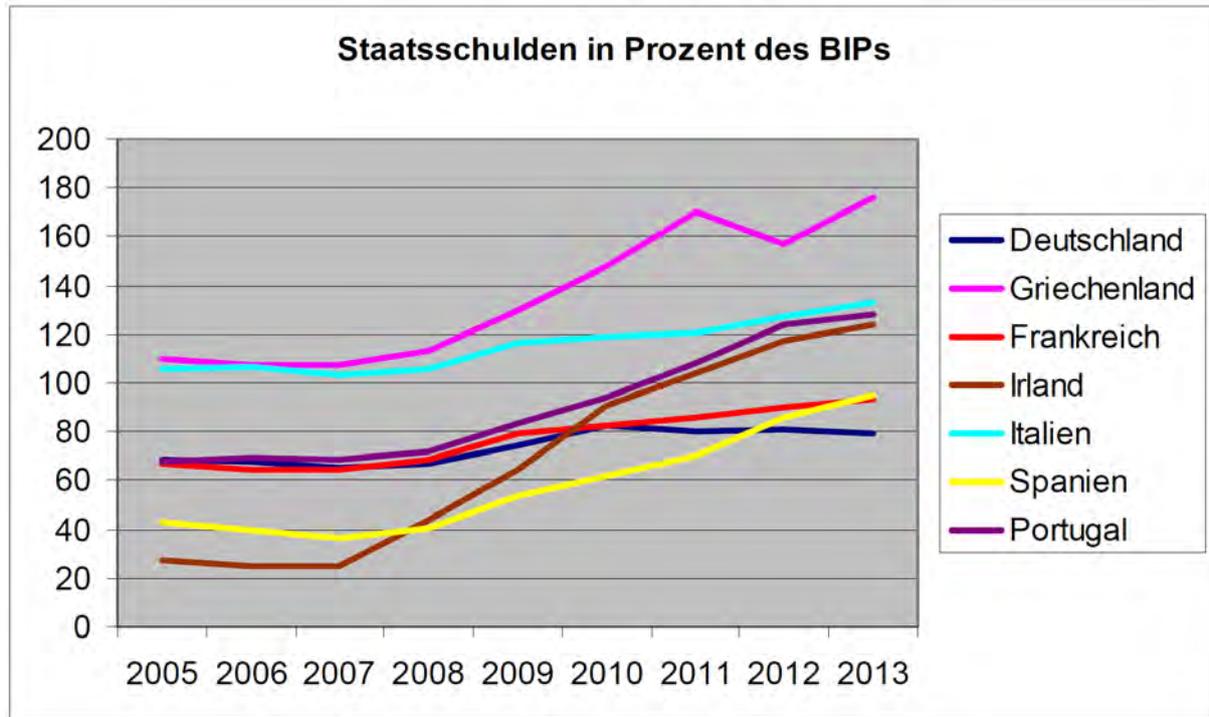
¹ Zum Zusammenhang dieser drei „Säulen“ der Eurokrise vergleichen Sie bitte die schematische Abbildung im Anhang 1, die einem Gutachten des Sachverständigenrates entnommen ist.

² Soweit nicht anders angegeben, stammen alle verwendeten Daten aus der Annual Macroeconomic Database der Europäischen Union, AMECO: http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/ziped_en.htm.

Dass die Eurokrise ungelöst ist, sieht man an allen drei Problemaspekten:

1. Staatsschuldenkrise:

Die Schuldenstände (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)) sind in allen Krisenstaaten heute erheblich höher als 2010:



Der Schuldenstand ist nur für Deutschland stabil bei rund 80 Prozent. Selbst das ist zwanzig Prozentpunkte mehr als der nach EU-Recht maximal zulässige Schuldenstand von 60 Prozent des BIPs. Alle anderen Staaten liegen darüber und die Tendenz ist seit 2010 ungebrochen steigend.

Lediglich Griechenland zeigt von 2011 auf 2012 einen kleinen Knick nach unten. Das ist der Schuldenerlass von rund 100 Mrd. Euro, der Griechenland im März 2012 gewährt wurde. Trotz dieses gewaltigen Erlasses, dessen Kosten die privaten Kapitalgeber (überwiegend Banken) zu tragen hatten, ist der Schuldenstand in 2013 bereits wieder höher (in Prozent des BIPs) als vor dem Schuldenerlass. Das liegt daran, dass die Eurozone Griechenland im Ausmaß von 130 Mrd. Euro neue Kredite gewährt hat. Seither sind rund 80 Prozent der griechischen Staatsschulden im öffentlichen Besitz, das heißt der nächste griechische Schuldenschnitt geht weit überwiegend zu Lasten der Steuerzahler.

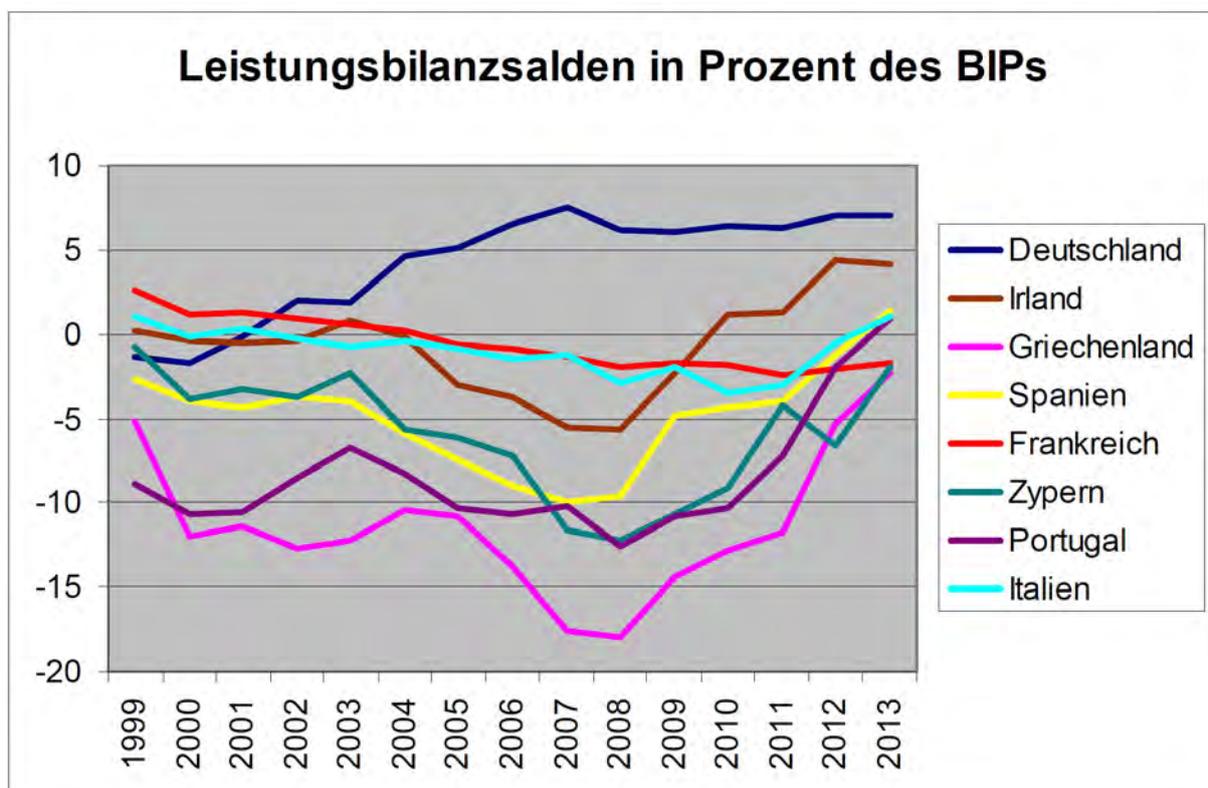
Die Staatsschuldenkrise ist also nicht nur nicht bewältigt. Sie ist heute schlimmer als im Jahre 2010. Weshalb haben sich dann die Kapitalmärkte beruhigt? Weshalb sind die Zinsen für Staatsanleihen der Krisenstaaten gesunken? Die Antwort ist einfach: Die Zinsen waren so hoch, weil die Staatsanleihen der Krisenstaaten für die Anleger risikoreich waren: Es drohte ein Staatsbankrott. Seit 2010 ist durch die Rettungsschirme, insbesondere durch den permanenten Rettungsschirm des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) und durch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB), gegebenenfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen zu wollen, das Risiko verschoben worden. Den Banken und sonstigen Finanzanlegern wurde glaubhaft signalisiert, dass ihnen im Ernstfall das gesamte

Risiko abgenommen und auf die öffentliche Hand übertragen wird. Damit wurden die Risikoprämien, die in den Zinssätzen enthalten waren, abgebaut und die Zinsen sanken. Das Risiko ist aber dadurch nicht verschwunden. Es wird jetzt von den europäischen Steuerzahlern getragen.

Nebenbei: Das Bundesverfassungsgericht hat in einer bemerkenswerten Stellungnahme deutlich gemacht, dass es die Ankündigung der EZB, gegebenenfalls unbeschränkt Staatsanleihen von Krisenstaaten aufzukaufen, für nicht vereinbar mit den Europäischen Verträgen hält. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts überschreitet die EZB ihr auf die Sicherung der Preisstabilität beschränktes Mandat.

2. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit:

Im Jahre 2010 hatten die Krisenstaaten enorme Leistungsbilanzdefizite aufgetürmt. Ein Leistungsbilanzdefizit entsteht, vereinfacht gesprochen, wenn ein Land mehr importiert als es exportiert³. Seit 2010 haben sich die Leistungsbilanzdefizite deutlich verringert und viele Staaten haben inzwischen einen leichten Leistungsbilanzüberschuss. Durchgängig stellen wir fest, dass die Staaten weniger importieren und mehr exportieren. Ist das ein Beweis für den Erfolg der Eurorettungspolitik?



Keineswegs. Zunächst fällt auf, dass sich die Leistungsbilanzsalden der Krisenstaaten Griechenland, Irland, Portugal und Zypern bereits seit 2008 verbessern, obwohl die Eurorettungspolitik für Griechenland und Irland erst Mitte beziehungsweise Ende 2010 begann, für Portugal erst 2011, für Zypern erst 2013. In Spanien und (deutlich verzögert) in

³ Das ist streng genommen nur das Handelsbilanzdefizit. Der Unterschied ist aber hier unerheblich. Die Handelsbilanz ist der weitaus größte Teil der Leistungsbilanz.

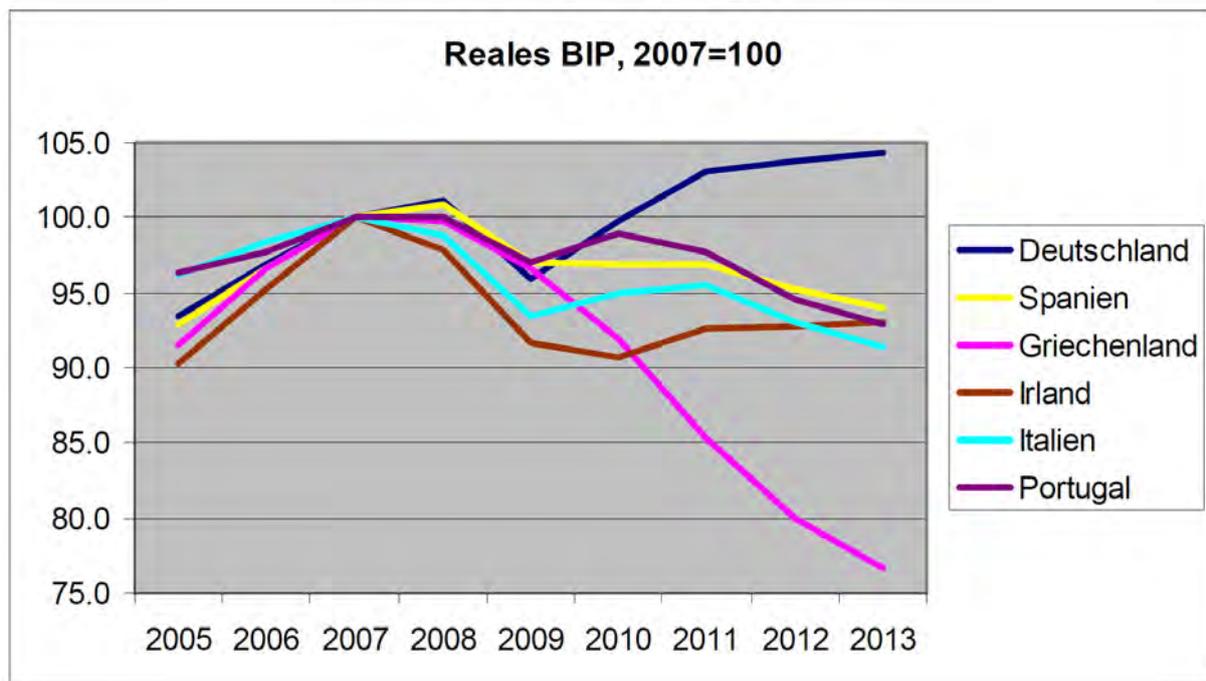
Italien sieht man Verbesserungen, obwohl diese Länder nicht „gerettet“ wurden. Die besorgniserregende Entwicklung in Frankreich ist bisher nicht klar gestoppt.

Warum haben sich die Leistungsbilanzsalden im Wesentlichen bereits von 2008 auf 2009 verbessert? Hier müssen wir erklären, warum die Importe gesunken und die Exporte gestiegen sind.

a) Gesunkene Importe in den Krisenstaaten

Die Importe sind gesunken, weil die Krisenstaaten in eine schwere Rezession gekommen sind, die bis heute nicht überwunden ist. Eine Rezession bedeutet, dass das BIP, die Summe aller erwirtschafteten Einkommen, schrumpft. Das heißt, dass in der Rezession das Durchschnittseinkommen aller Einwohner sinkt. Das Land verarmt in einer Rezession. Wenn die Menschen weniger verdienen, dann haben sie weniger Möglichkeiten Waren zu kaufen. Folglich importieren sie weniger. Wenn die Unternehmen weniger Waren verkaufen, dann kaufen sie weniger Vorprodukte oder Kapitalgüter aus dem Ausland, das heißt auch sie importieren weniger. Es ist ein völlig unbestrittenes Faktum, dass in einer Rezession die Importe sinken. Dadurch „verbessert“ sich (mechanisch) die Leistungsbilanz. Soweit dies aber auf gesunkene Importe zurückgeht, ist das ein Symptom einer Wirtschaftskrise, nicht etwa ein Zeichen für deren Abklingen.

Weltweit begann im Jahre 2008 die Finanzkrise, die 2009 zu einer schweren Rezession führte. Folglich sanken die Importe aller Länder und die Leistungsbilanzdefizite reduzierten sich in vielen Fällen bereits vor Beginn der Staatsschuldenkrise 2010 – so auch in den Krisenstaaten der Eurozone. Während aber zum Beispiel Deutschland ab 2010 aus der von der Finanzkrise verursachten Rezession herauswuchs, war das in den Krisenstaaten nicht beziehungsweise nicht dauerhaft der Fall. In der folgenden Graphik, in der das BIP aller Staaten vor Beginn der Finanzkrise 2007 auf 100 normiert ist, sieht man deutlich, dass Deutschland sich nach dem Tiefpunkt der Rezession 2009 schnell wieder erholte, während den Krisenstaaten dies nicht möglich war. Keiner der Krisenstaaten hat es bis 2013 vermocht, auch nur das Einkommensniveau von 2007 wieder zu erreichen (also den auf 100 normierten Ausgangswert). Zaghafte Anzeichen für eine Erholung nach 2009 wurden ab Beginn der Eurokrise in ihr Gegenteil verkehrt. (Ein Sonderfall ist Irland, das, wie noch gezeigt wird, nicht unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leidet, das aber ebenfalls noch um rund 7 Prozent unterhalb seines Einkommensniveaus von 2007 liegt.)



Dass die Wirtschaft in den Krisenstaaten ab 2010 wieder (und teilweise dramatisch) schrumpfte, ist eine unmittelbare Folge der Eurorettungspolitik. Denn die auf die Finanzkrise zurückzuführende Rezession wurde ab 2010 verlängert und verstärkt durch die Anpassungsmaßnahmen der sogenannten Troika (EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF)): Die Krisenländer mussten ihren Staatskonsum reduzieren, ihre Steuern für Haushalte und Unternehmen erhöhen, Renten und andere Sozialleistungen kürzen et cetera. Alles dies verstärkte die wirtschaftliche Krise. In Griechenland ging so fast 25 Prozent des Vorkriseneinkommens verloren, in den anderen Ländern zwischen 5 Prozent und 10 Prozent. Kein Wunder also, dass in dieser schweren und langanhaltenden Krise die Importe zurückgingen. Die darauf zurückzuführende „Verbesserung“ der Leistungsbilanz ist Ausdruck der Verarmung der Krisenstaaten – keineswegs ein Zeichen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

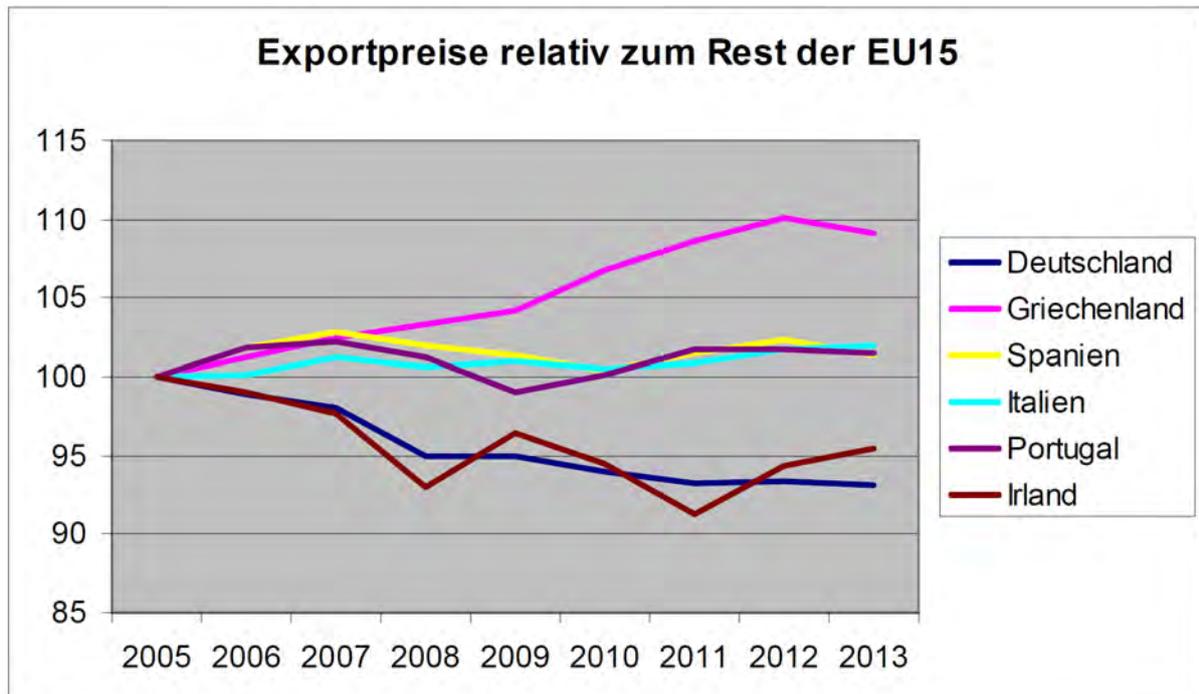
b) Gestiegene Exporte der Krisenstaaten

Nun haben sich gleichzeitig die Exporte erhöht – und dies ist zweifellos eine gute Entwicklung. Nur hat sie kaum etwas mit der Eurorettungspolitik zu tun, sondern ist schlicht Glück im Unglück. Das kann man sich so klar machen:

Exporte können aus zweierlei Gründen steigen. Entweder hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der exportierenden Unternehmen verbessert, das heißt sie können ihre Waren günstiger anbieten. Oder die Unternehmen profitieren davon, dass in anderen Ländern das Einkommen wächst und damit die Konsumenten und Unternehmen in diesen Ländern mehr ausländische Waren nachfragen. Wenn zum Beispiel griechische Oliven teurer produziert werden als türkische Oliven, dann gibt es entweder die Möglichkeit, dass die griechischen Exporteure durch Kosteneinsparungen wettbewerbsfähiger werden und ihre Preise senken können – das wäre eine Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit – oder die Möglichkeit, dass im Ausland aufgrund von Einkommenszuwächsen mehr Oliven gegessen werden und deshalb sowohl Griechenland als auch die Türkei mehr Oliven exportieren. Das wäre schön für die Griechen, aber es würde nichts daran ändern, dass ihre Oliven teurer produziert werden als türkische.

Oliven. Griechenland würde dann von einer guten konjunkturellen Lage im Ausland profitieren, müsste sich aber darauf einstellen, dass beim nächsten konjunkturellen Abschwung die Nachfrage einbrechen würde und Griechenland wieder unter seiner mangelnden Wettbewerbsfähigkeit leiden würde.

Um zu sehen, ob sich die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten verbessert hat, kann man einen Blick auf die Preisentwicklung der Exportgüter werfen. In der folgenden Graphik sind die Exportpreise aller Staaten im Jahr 2005 auf 100 normiert worden. Sinkende Exportpreise bedeuten dann, dass die Wettbewerbsfähigkeit eines Staates zugenommen hat, weil er seine Exportgüter günstiger verkaufen kann⁴.



Der Befund ist (für die südeuropäischen Krisenstaaten) alarmierend. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Irlands hat sich seit 2005 deutlich verbessert. (Deshalb ist Irland ein anderes Problem als Südeuropa – Irland ist zwar überschuldet und hat enorme Probleme in seinem Bankensektor, aber seine Wirtschaft hat mit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Schritt gehalten. Insofern kann Irland auf eigenen Füßen stehen und hätte vermutlich auch nie einen Rettungsschirm gebraucht⁵.)

Obwohl die Politik der Troika das Ziel hatte, die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten wiederherzustellen, ist das Gegenteil festzustellen: Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aller südeuropäischen Krisenstaaten hat sich im Vergleich zu Deutschland und Irland

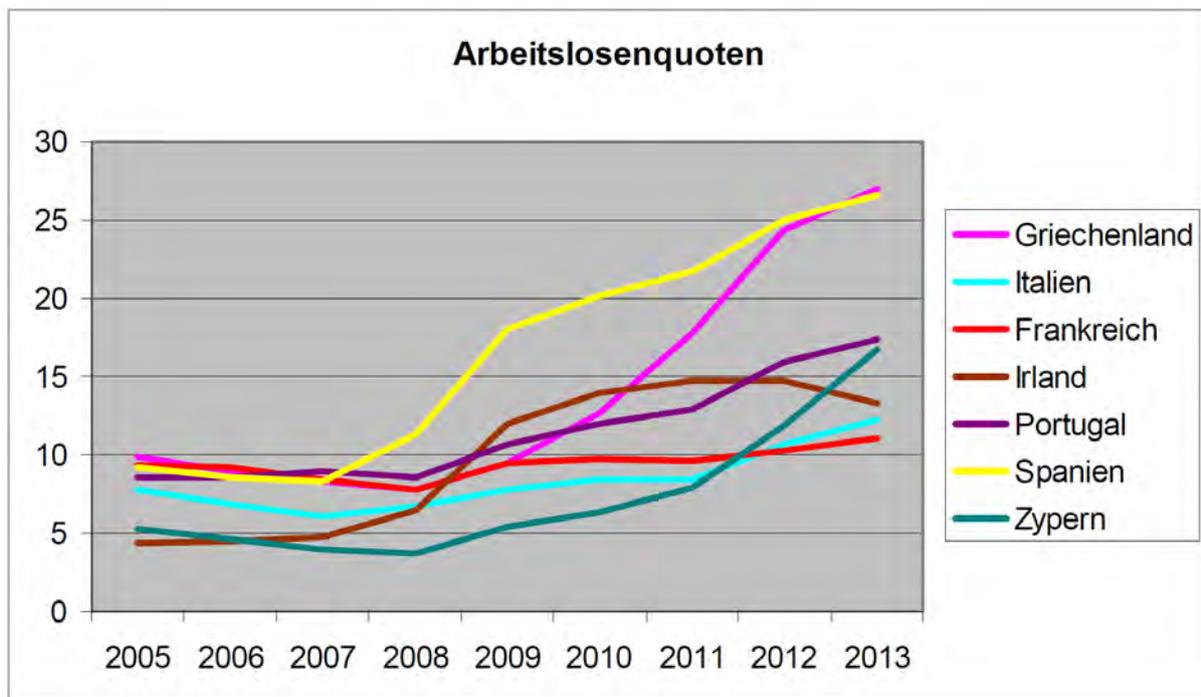
⁴ Die Wettbewerbsfähigkeit kann sich natürlich auch verbessern, weil Unternehmen bessere Waren produzieren als zuvor – also höhere Qualität liefern. Die statistischen Ämter, die die oben verwendeten Exportpreise erfassen, versuchen allerdings, die Preise im Zeitablauf möglichst vergleichbar zu halten, das heißt sie versuchen bei Qualitätsveränderungen angemessen zu korrigieren. Das ist schwierig und gelingt sicherlich nicht immer befriedigend. Man muss allerdings festhalten, dass Qualitätsverbesserungen in den Exportgütern in allen Industrienationen ständig stattfinden. Es ist nicht anzunehmen, dass die Qualitätssteigerungen in den Waren der Krisenstaaten signifikant größer waren als die Qualitätssteigerungen, die es im gleichen Zeitraum bei deutschen Waren gab.

⁵ Aber die Euro-Rettungspolitik brauchte Irland als Vorzeigeland für den vermeintlichen Erfolg der „Rettungspolitik“!

verschlechtert. Während die deutschen und die irischen Preise tendenziell gesunken sind, sind die Exportpreise in Portugal, Spanien und Italien im Wesentlichen unverändert geblieben und die griechischen Exportpreise haben sich sogar erhöht (mit einer minimalen Korrektur nach unten im Jahr 2013).

Dennoch liest man in der Presse immer wieder die Behauptung, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten erhöht hätte. Wenn man dann genau hinschaut, wird dies daran festgemacht, dass die sogenannten Lohnstückkosten, das heißt die Lohnkosten, die ein Unternehmen für die Produktion einer bestimmten Warenmenge aufwenden muss, drastisch gefallen sind. Das stimmt, aber es hilft wenig. Exportgüter werden nicht bezahlt, indem man den Produzenten ihre Löhne ersetzt, sondern indem man die Preise bezahlt, die diese Güter kosten. Und die Preise sind im Durchschnitt nicht gefallen – in Griechenland sind sie sogar gestiegen, sodass die Wettbewerbsfähigkeit abgenommen hat.

Nun ist es nicht überraschend, dass die Lohnkosten gesunken sind, denn die Löhne der Arbeitnehmer in den Krisenstaaten sind (teilweise massiv) zurückgegangen. Dies ist die natürliche Folge einer stark gestiegenen Arbeitslosigkeit: Wenn viele Menschen entlassen werden, dann versuchen diese Menschen neue Arbeit zu finden und nehmen dafür auch Lohneinbußen in Kauf. Die folgende Graphik zeigt den enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten. Sie zeigt zugleich, dass von einer durchgreifenden Besserung nach wie vor nichts zu sehen ist, denn im Wesentlichen ist die Arbeitslosigkeit – mit Ausnahme von Irland – im Jahr 2013 so hoch gewesen wie noch nie seit Krisenbeginn. In Griechenland und Spanien liegt die Arbeitslosigkeit bei über 25 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit (nicht in der Graphik) ist meist mindestens doppelt so hoch: In Griechenland und Spanien bei über 60 Prozent, in Frankreich über 30 Prozent. Junge Portugiesen zum Beispiel verlassen in Scharen ihr Land und wandern nach Brasilien, nach Großbritannien oder nach Angola aus, weil sie dort eine bessere wirtschaftliche Zukunft sehen.



Es ist auf den ersten Blick erstaunlich, dass die Preise der Exportgüter nicht gefallen sind, obwohl in den Krisenstaaten (krisenbedingt) die Löhne so stark zurückgegangen sind. Dafür

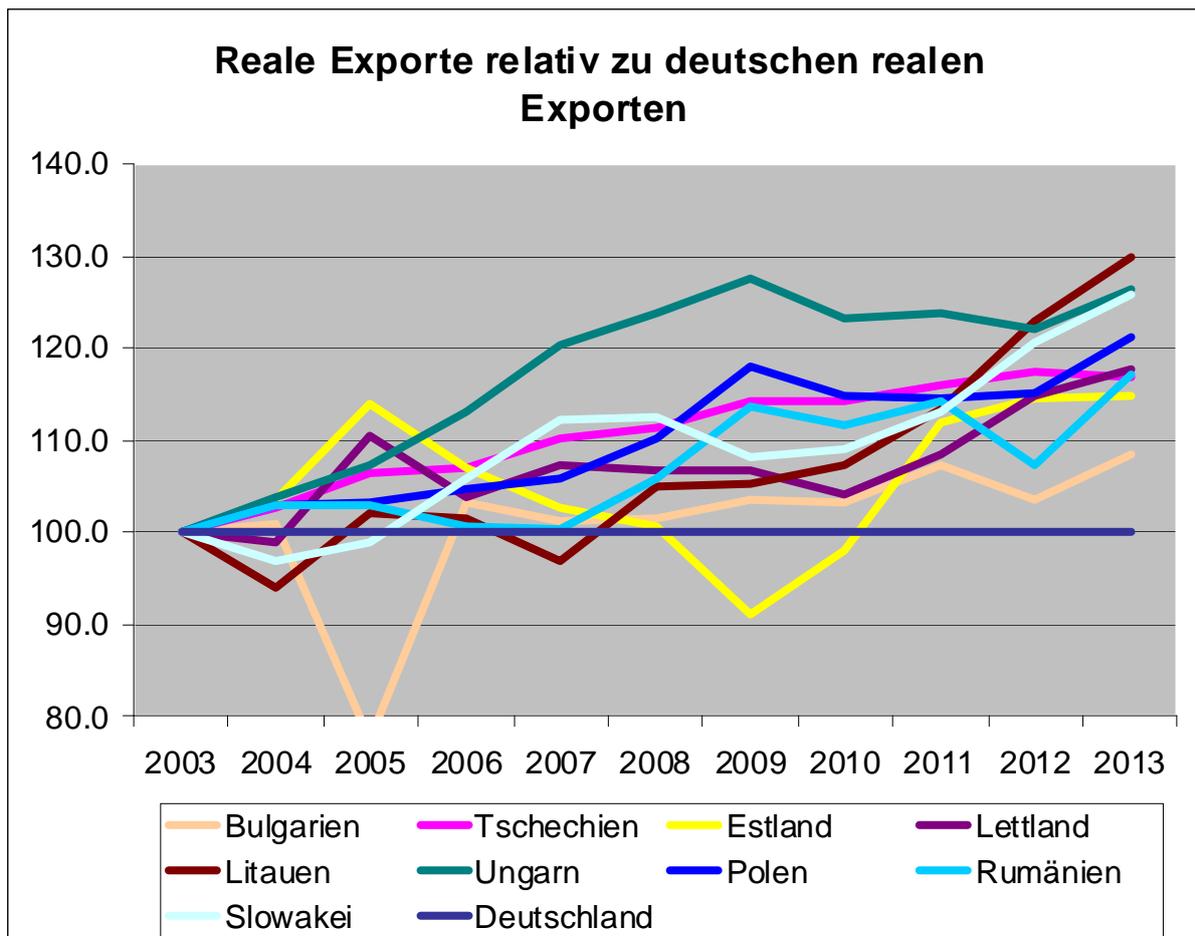
gibt es aber einen einfachen Grund: Die Unternehmen haben mit mangelnder Nachfrage und schlechter Zahlungsmoral zu kämpfen. Teilweise gibt es erhebliche Klagen der Unternehmen, dass noch nicht einmal der Staat seine Rechnungen für bezogene Waren bezahlt – oder dies jedenfalls in angemessener Frist tut. Fehlende Nachfrage oder mangelnde Zahlungsmoral bedrohen aber die Liquidität und wirtschaftliche Existenz der Unternehmen. Dem können sie nur entgegenwirken – wenn sie überhaupt den Bankrott vermeiden können – indem sie höhere Gewinnspannen erwirtschaften. Das tun sie, indem sie die Kostenentlastung an der Lohnfront nicht weitergeben – also ihre Preise nicht senken, obwohl die Löhne gesunken sind. Gerade im Export ist das wichtig, weil dort die Käufer vielleicht zuverlässiger zahlen als krisengeschüttelte Käufer dies auf den Inlandsmärkten tun.

Es gibt also wenig Anlass zu der Vermutung, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten verbessert hat. Ein Potential dafür ist aufgrund der gesunkenen Lohnkosten zwar da, aber bislang hat es nicht zu sinkenden Exportpreisen geführt. Das Potential der niedrigen Lohnkosten besteht auch nur, solange die Arbeitslosigkeit hoch ist und auf die Löhne drückt. Wenn es wirklich zu einem Wirtschaftsaufschwung käme und die Arbeitslosigkeit zurückginge, würden auch die Löhne wieder steigen und damit den Preissenkungsspielraum einengen. Das alles schließt zwar nicht aus, dass es in einzelnen Branchen auch Fortschritte gegeben hat, aber in einer über die ganze Wirtschaft aggregierten makroökonomischen Betrachtungsweise ist davon wenig zu erkennen.

Deshalb müssen wir die zweite Möglichkeit in Betracht ziehen, weshalb die Exporte der Krisenstaaten gestiegen sind: Eine günstige konjunkturelle Entwicklung im Ausland. Darüber braucht man gar nicht lange zu reden: Es ist bekannt, dass sich alle wichtigen Länder seit 2009 von den Auswirkungen der Finanzkrise erholt haben und zunehmend kräftig wachsen – nur nicht die südeuropäischen Euro-Staaten.

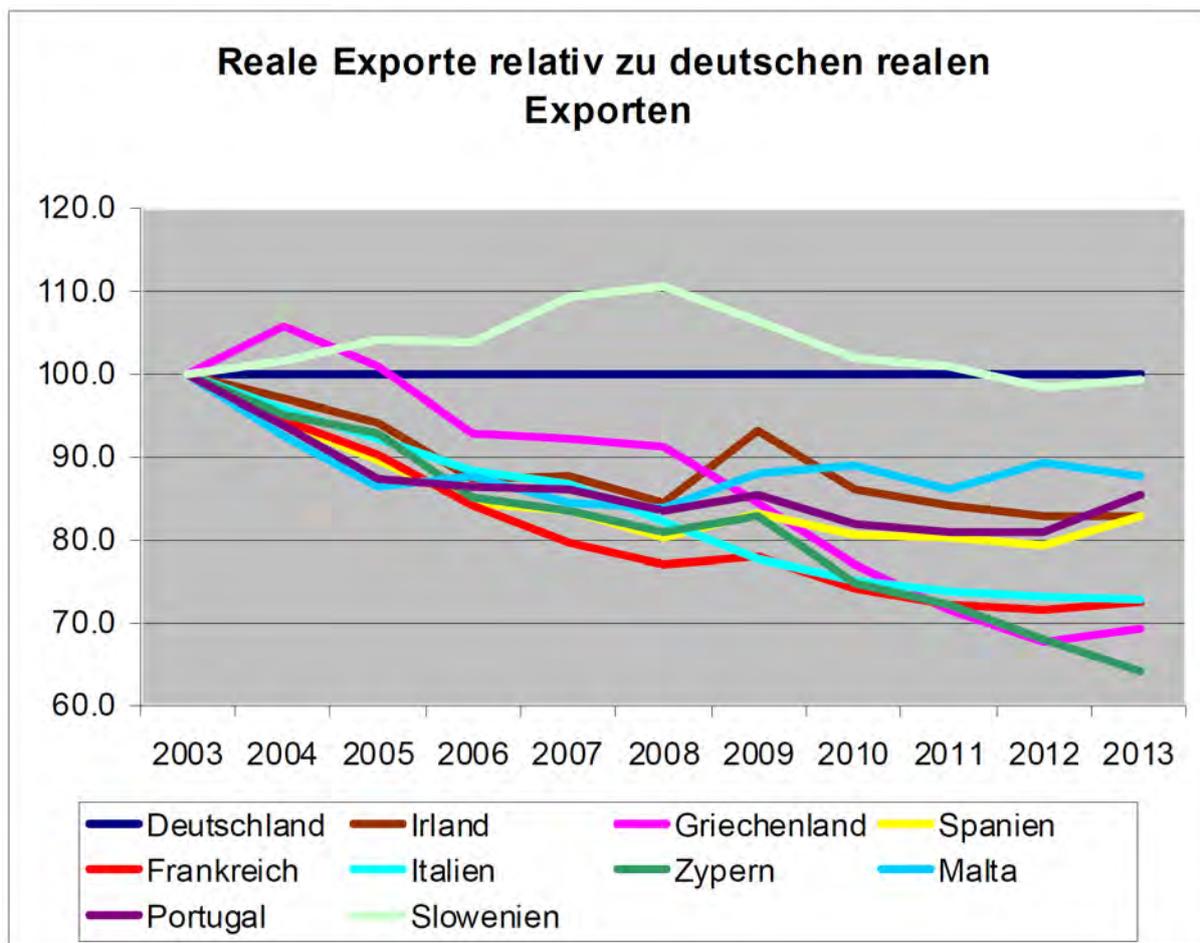
Aber es ist dennoch interessant, sich dies genauer anzuschauen. Wenn es die allgemeine Weltkonjunktur ist, die die Exporte begünstigt und antreibt, dann müssten alle Staaten in der Eurozone steigende Exporte verzeichnen. Man kann dann die Entwicklung vergleichen mit der Exportentwicklung eines Staates, der nicht unmittelbar von der Eurokrise betroffen ist. Nehmen wir Deutschland als Vergleichsmaßstab.

In der folgenden Graphik betrachte ich die Exporte einer großen Menge von (überwiegend osteuropäischen) Staaten im Vergleich zu den deutschen Exporten. Diese osteuropäischen Staaten gehören dem Euro nicht an oder haben ihn erst vor sehr kurzer Zeit eingeführt. Die deutschen Exporte normiere ich in jedem Jahr auf einen Wert von 100 – deshalb finden Sie die deutsche Zeitreihe (dunkelblau) konstant auf dem Niveau von 100. Die Exporte aller anderen Staaten sind nur im Jahr 2003 ebenfalls auf 100 normiert. Die Zeitreihen zeigen dann, wie sich die Exporte der anderen Staaten im Vergleich zu Deutschland entwickelt haben. Werte über 100 bedeuten, dass diese Staaten ein stärkeres Wachstum ihrer Exporte verzeichnen konnten als Deutschland. Wir stellen fest, dass die Exporte fast aller osteuropäischen Staaten in den letzten zehn Jahren um zwischen 15 Prozent und 30 Prozent stärker gewachsen sind als die deutschen Exporte. (Nur Bulgarien hinkt mit plus 8 Prozent etwas hinterher).



Nun hat Deutschland aufgrund der guten Weltkonjunktur ein starkes Wachstum seiner Exporte. Aber die osteuropäischen Länder (im Wesentlichen während der letzten zehn Jahre nicht Teil des Euroraums) haben von der guten Konjunktur und der starken Exportnachfrage sogar noch mehr profitiert. Das ist angesichts der relativen Armut dieser Staaten eine sehr gute Nachricht für das Zusammenwachsen Europas.

Jetzt machen wir dieselbe Betrachtung für Südeuropa (unter Einschluss Frankreichs). Wir wissen, dass es eine gute Weltkonjunktur gibt und dass die Exporte aller Länder in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Aber wenn die Eurorettungspolitik die Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder verbessert hätte, dann müsste man erwarten, dass ihre Exporte stärker ansteigen als die Exporte Deutschlands – also überwiegend über der Linie von 100 liegen. Das Gegenteil ist leider der Fall:



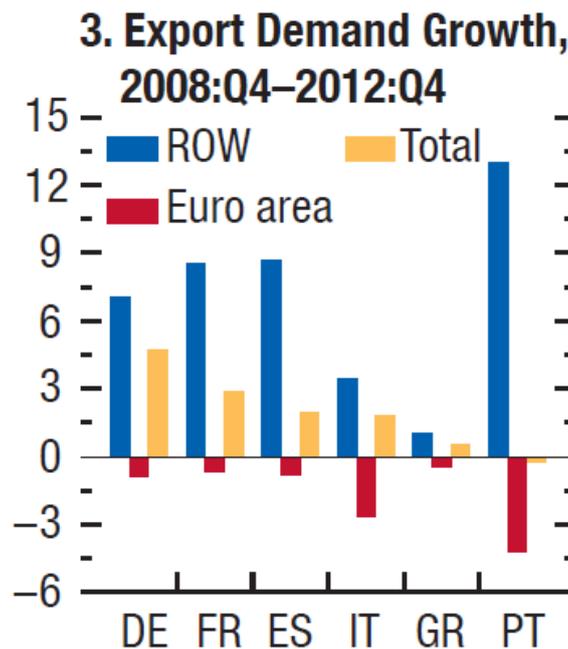
Für praktisch alle Krisenstaaten (und es handelt sich ausschließlich um Euro-Staaten) ist das Exportwachstum *schwächer* ausgefallen als in Deutschland und damit *viel schwächer* ausgefallen als in den Staaten Osteuropas, die eigene Währungen besitzen. Die deutschen Exporte sind im Vergleich zu Südeuropa in den letzten zehn Jahren um mindestens zehn Prozent, teilweise aber sogar um 35 Prozent stärker gewachsen als die der Krisenstaaten – obwohl die Exporte der Krisenstaaten in den letzten Jahren zweifellos gewachsen sind. Aber sie sind eben langsamer gewachsen als die Exporte anderer europäischer Staaten. Das heißt, dass die Euro-Krisenstaaten von dem allgemeinen Rückenwind einer guten Weltkonjunktur deutlich weniger profitieren konnten als insbesondere die ja auch nicht gerade zu den führenden Industrienationen gehörenden Staaten Osteuropas.

Eine Zeitreihe an der obigen Graphik ist bemerkenswert, denn ein Staat macht bis 2007 eine bessere Exportentwicklung durch als Deutschland (ähnlich wie die osteuropäischen Staaten) und fällt dann auffällig zurück (vergleichbar den Euro-Staaten Südeuropas). Dieser Staat ist Slowenien. Slowenien hat im Jahr 2007 den Euro eingeführt.

Es ergibt sich damit ein relativ klares Bild: Die verbesserten Exporte der Krisenstaaten sind nicht auf eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit dieser Staaten zurückzuführen. Vielmehr ist dieses Problem nach vier Jahren Eurorettungspolitik noch immer nicht bewältigt. Die verbesserten Exporte (und damit ein wesentlicher Teil des Rückgangs der Leistungsbilanzdefizite) sind auf den glücklichen Umstand zurückzuführen, dass die Weltkonjunktur sich erholt hat und andere Länder jetzt mit steigendem Einkommen überall in der Welt mehr Waren kaufen. Sogar in Südeuropa. Aber in Südeuropa leider in geringerem

Maße als in Deutschland oder gar in Osteuropa, weil es eben immer noch an der Wettbewerbsfähigkeit Südeuropas (und Frankreichs) mangelt.

Der IWF, Mitarchitekt der Troika-Politik, begutachtet gelegentlich die Erfolge seiner eigenen Politik. Man darf unterstellen, dass er dabei nicht zu kritisch ist. Zur Exportentwicklung in den südeuropäischen Krisenstaaten veröffentlichte er⁶ im Oktober 2013 die folgende aufschlussreiche Graphik für Deutschland (DE), Frankreich (FR), Spanien (ES), Griechenland (GR) und Portugal (PT): Das Wachstum der Exporte von 2008 bis 2012 wird daraufhin untersucht, ob es aus der Eurozone oder ob es aus dem „Rest der Welt“ (ROW) stammt, also einfach Ausdruck der guten Weltkonjunktur ist⁷.

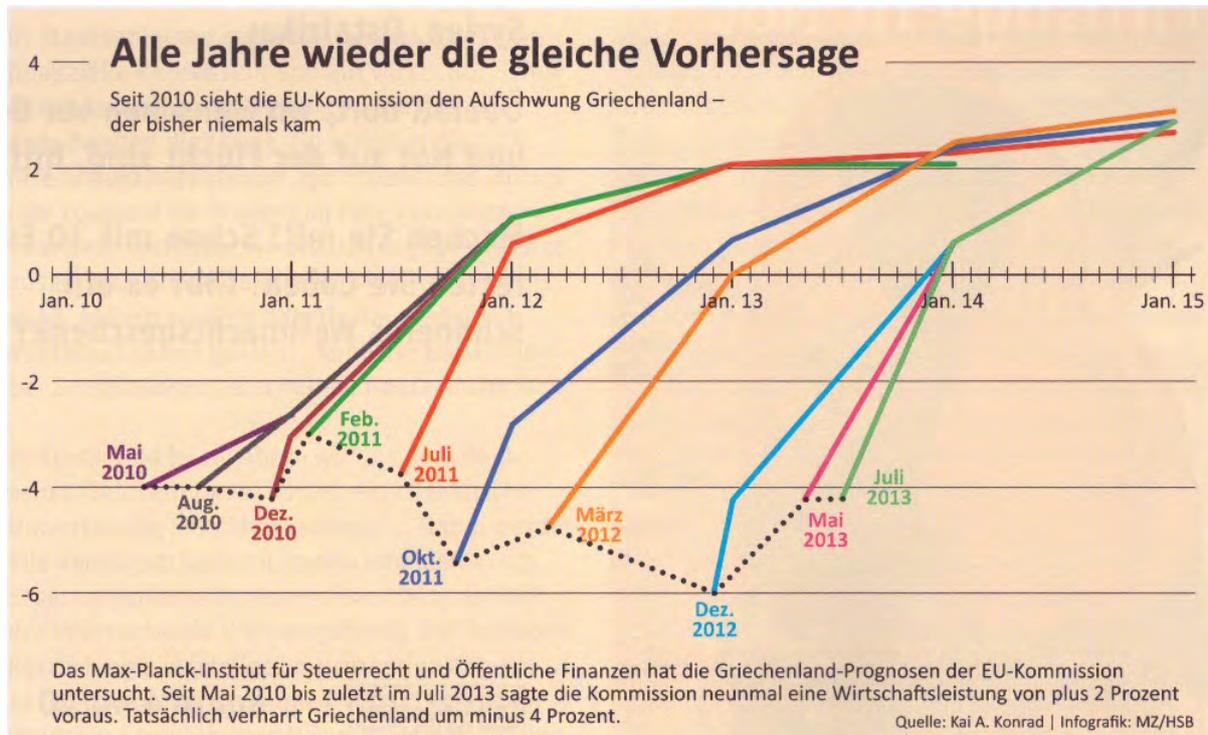


Die Graphik zeigt ganz klar, dass das Exportwachstum ausschließlich auf einen Nachfrageschub des „Rests der Welt“ zurückzuführen ist, von dem alle Staaten der Eurozone gleichermaßen profitiert haben. Davon, dass sich innerhalb der Eurozone die Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der Krisenstaaten verschoben hat, ist nichts zu sehen, denn der Wachstumsbeitrag der Eurozone zu den Exporten der Krisenstaaten ist sogar negativ. Der IWF schreibt dazu (S. 47/48): „Konjunkturelle Faktoren erklären einen signifikanten Anteil der Leistungsbilanzverbesserungen (insbesondere für Griechenland und Irland), während die Auswirkung von strukturellen Anpassungen im Allgemeinen bescheiden blieb (mit Ausnahme von Deutschland). ...Daraus folgt, dass sich die Leistungsbilanzdefizite wieder erheblich ausweiten können, ... wenn sich nicht die Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessert.“ Es besteht also selbst in den Augen des IWF keinerlei Veranlassung, die Krise für beendet zu erklären. Zur Zeit wird die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit durch eine gute Weltkonjunktur übertüncht, aber sobald die Konjunktur dreht, liegen alle Probleme wieder ungelöst (und zum Teil sogar in schärferer Form) vor uns.

⁶ World Economic Outlook, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/02/pdf/text.pdf>.

⁷ Abgebildet werden Wachstumsraten (also Prozentwerte). Wegen der unterschiedlichen Basen (Bezugswerte) addieren sie sich nicht zu den Gesamtwachstumsraten (Total).

Zur Erheiterung steuere ich Ihnen hier noch eine Graphik bei, die ich meinem Kollegen Kai Konrad verdanke. Sie zeigt die Prognosen der EU-Kommission für die Wirtschaftsentwicklung in Griechenland und die bittere Realität:



3. Die Bankenkrise:

Kurz noch einige Worte zum stets nur geringere Aufmerksamkeit findenden dritten Aspekt der Eurokrise: Der Bankenkrise.

In den Bilanzen vieler europäischer Banken (vor allem in den Krisenstaaten, aber nicht nur dort), schlummern erhebliche Risiken in Form von uneinbringbaren Krediten (zum Beispiel aus Immobilienfinanzierung). Stresstests des europäischen Bankensektors in den Jahren 2010 und 2011 ergaben, dass angeblich nur eine überschaubare Zahl von Banken nicht genügend Eigenkapital hatte, um eine größere Krise zu durchstehen.

Allerdings zählten zu den Banken, die vermeintlich gesund waren, auch die beiden größten zypriotischen Banken, die in der Zypernkrise 2013 prompt zusammenbrachen. Trotz dieser Erfahrung wurde seit 2011 kein neuer Stresstest durchgeführt. Vielmehr steht der nächste für Mitte 2014 (nach den Europawahlen) an. Die nach der Finanzkrise eingeleitete verschärfte Regulierung sieht eine moderate Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für Banken vor (von 4,5 Prozent auf 6,0 Prozent), die allerdings erst 2019 erreicht sein muss. Namhafte Ökonomen kritisieren diese Anforderung als viel zu gering und viel zu spät. Sie schlagen statt dessen Eigenkapitalquoten von 20-30 Prozent vor, um sicherzustellen, dass nicht erneut der Steuerzahler die Zeche einer Bankenrettung zu zahlen hat. (Die AfD hat sich dieser Forderung in ihrem Europawahlprogramm angeschlossen.)

Aus dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus sind (mit entsprechender Risikobelastung des Steuerzahlers) in Spanien und in Griechenland einzelne Rekapitalisierungsmaßnahmen für

Banken durchgeführt worden. Es halten sich aber hartnäckig Gerüchte, dass dies keineswegs ausreichend ist und dass viele Banken nach wie vor einem großen Schock nicht standhalten könnten.

Derzeit scheint auch hier die gute Konjunktur die schlimmsten Probleme zu überdecken, obwohl soeben Slowenien vermeldete, dass der dortige Bankensektor in Kürze in eine Schieflage geraten könnte. Wenn dies schon in einem eigentlich günstigen wirtschaftlichen Umfeld geschieht, kann man nur darüber spekulieren, was mit unserem Bankensystem geschehen wird, wenn es zu einer Rezession kommen sollte, wenn sich ein großer Börsenkrach ereignete, wenn eine wichtige Bank zusammenbräche oder es zu militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine käme. Beunruhigenderweise scheint es nur geringes Wissen über die Risiken im europäischen Bankensektor zu geben und alles, was man feststellen kann, ist, dass auch dieser Aspekt der Eurokrise nicht etwa beherzt in Angriff genommen wurde, sondern eher mit auf Zeitgewinn hoffenden Maßnahmen in eine ungewisse Zukunft verschoben wurde.

4. Die Instrumente der „Eurorettung“:

Zum Abschluss einige Bemerkungen zu den Instrumenten, mit denen der Eurokrise entgegengewirkt werden soll.

Durch den die Wettbewerbsprobleme vergrößernden oder zumindest zementierenden Einfluss des Euros entwickelt sich Europa wirtschaftlich auseinander: Die weniger wohlhabenden Euro-Staaten schrumpfen oder stagnieren, während die reicheren Eurostaaten (noch) wachsen. (Das kann sich allerdings ändern, sobald die reicheren Staaten für die Bürgschaften, die sie im Rahmen der Krise zugunsten anderer Staaten gewährt haben, zahlen müssen). Einige Zahlen zum Thema „Der Euro spaltet Europa“ finden Sie in Anhang 2.

Da die ungleiche Einkommensentwicklung nach dem Willen der Bundesregierung nicht durch eine Auflösung oder Verkleinerung der Eurozone gestoppt werden soll, kann man Europa nur zusammenhalten, indem verstärkt Einkommen zwischen reicheren und ärmeren Euroländern umverteilt wird. Die Instrumente der Eurorettung dienen genau dieser Umverteilung, das heißt sie begründen eine europäische Transferunion. (Allerdings ohne dass die Bürger Gelegenheit bekommen hätten, darüber in einer demokratischen Abstimmung zu entscheiden.)

a) Der ESM und die vorhergehenden Rettungsschirme

Der ESM, die EFSF und die bilateralen Griechenlandkredite bewirken de facto eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden einzelner Staaten. Der Unterschied zu den unpopulären Eurobonds besteht nur in der Frage, ob die Haftung, die solide Staaten für überschuldete Staaten übernehmen, eine teilschuldnerische oder eine gesamtschuldnerische Haftung ist. Das ist zwar nicht unbedeutend, aber es ist auch nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass die Steuerzahler der soliden Staaten ggf. für die Schulden der unsoliden Staaten aufkommen müssen. Damit findet hier eine Umverteilung statt, die Steuergelder der soliden Staaten den Krisenstaaten und mittelbar den diese Staaten finanzierenden Banken überträgt.

b) Die Niedrigzinspolitik der EZB

Im Verein mit anderen westlichen Zentralbanken hat die EZB die Zinsen für Geldanlagen auf historische Rekordtiefs gesenkt. Sparer erhalten praktisch keine Verzinsung auf Geldanlagen mehr, während Schuldner Geld so günstig erhalten, wie noch nie zuvor. Dies ist nichts anderes als eine gewaltige Umverteilung von Sparern hin zu Schuldern. Die Anreize, die damit gesetzt werden, sind fatal, denn sie ermutigen zum Schuldenmachen und schrecken von der Ersparnisbildung ab. Das ist grundfalsch in einer Zeit, in der es viel zu viele Schulden sowohl bei Banken als auch in den Staatshaushalten gibt. Es ist falsch angesichts der Tatsache, dass wir Ersparnisse bräuchten, um Altersvorsorge zu betreiben oder um Investitionen in Bildung, Produktionstechnologien oder in Infrastruktur zu finanzieren.

c) Die monetäre Staatsfinanzierung der EZB

Mit dem (vom Bundesverfassungsgericht jüngst öffentlich gerügten) Beschluss, Staatsanleihen von Krisenstaaten gegebenenfalls unbeschränkt aufzukaufen, hat die EZB den Schritt hin zur verbotenen monetären Staatsfinanzierung getan. Vereinfacht gesprochen ermöglicht dieser Beschluss folgende Art des Geschäfts: Staaten bedrucken Papier mit der Aufschrift „Staatsanleihe“. Zentralbanken bedrucken Papier mit der Aufschrift „Euro“ und nutzen diese neu gedruckten Euros, um Papier gegen Papier zu tauschen (neue Euros gegen neue Staatsanleihen). Damit hat der Staat Geld, um Löhne, Renten, Güter und Dienstleistungen zu bezahlen. Wenn die Währung dann aufgrund dieses „Gelddruckens“ in eine Vertrauenskrise gerät, hat der Bürger das Nachsehen, weil er die Kosten des

Gelddruckens in Form von Inflation trägt. Noch ist es nicht soweit und noch hat die EZB den sogenannten OMT-Beschluss nicht umgesetzt. Aber wenn es eines Tages soweit ist, kann er sich leicht in Form von Inflation auswirken und als eine große Umverteilung vom Bürger zum Staat fungieren.

d) Die Bankenunion

In der Bankenunion werden nicht Staatsschulden sondern Bankschulden vergemeinschaftet. Die Bankenunion dient der Abwicklung maroder Banken in der Eurozone und später vermutlich auch einer eurozonenweiten Einlagensicherung. Dadurch müssen auch solide Finanzinstitute in soliden Staaten für Bankschulden geradestehen, die in weniger stabilen Bankensystemen in anderen Ländern der Eurozone entstanden sind. Die Höhe der Bankschulden in der Eurozone ist ungefähr dreimal so hoch wie die gesamten Staatsschulden der Eurozone.

Die Bankenunion wird derzeit mit dem Hinweis verharmlost, es seien ja die Banken, die die Schuldenvergemeinschaftung und die Abwicklungsfonds zu finanzieren hätten. Das ist Augenwischerei. Denn wenn die Banken diese Lasten zu tragen haben, werden sie sie auf ihre Kunden, auf Sparer und Kreditnehmer abwälzen, indem niedrigere Zinsen gezahlt und höhere Schuldzinsen verlangt werden. Deshalb ist die Bankenunion nichts anderes als ein großes Umverteilungsinstrument von Sparern und Unternehmen der Staaten mit stabilen Bankensystemen zugunsten von Staaten, die unbewältigbar viele faule Kredite in ihren Banken haben.

Umverteilung wird normalerweise in einem Staat durch Steuern erreicht. Auf der EU-Ebene aber gibt es keine Kompetenz zur Erhebung von Steuern, denn diese liegt nach wie vor bei den nationalen Parlamenten. Deshalb hat die Eurozone sich Surrogatinstrumente für die Umverteilung, die sie befördern möchte, geschaffen. Mit diesen entstehen oder erweitern sich neue, enorm große Institutionen auf europäischer Ebene: Neu ist der ESM, neu ist die EFSF, neu ist die Bankenunion. Neu ist aber auch, dass die EZB monetäre Staatsfinanzierung betreibt und dass sie zwischen Sparern und Schuldnern umverteilt, indem sie eine angemessene Verzinsung von Spareinlagen verhindert⁸.

Umverteilung durch Steuern wird normalerweise durch ein Parlament kontrolliert und von diesem beschlossen. Das ist Ausdruck des Demokratieprinzips: Die Bürger sollen selbst entscheiden, wieviel Einkommen ihnen genommen und anderweitig verteilt wird. In der EU sind in den letzten vier Jahren gewaltige Umverteilungsinstitutionen geschaffen worden, die sich genau der eigentlich selbstverständlichen parlamentarischen Kontrolle entziehen: Denn der ESM unterliegt weder der Kontrolle durch das Europäische Parlament noch der Kontrolle durch die nationalen Parlamente⁹. Seine Beschäftigten sind immun und kein Parlament kann diese Immunität aufheben – nur der ESM selbst kann das.

Die EZB ist ebenfalls der Kontrolle durch die Parlamente entzogen, weil die EZB unabhängig ist. Dies diente eigentlich dem Ziel, die Preisstabilität zu sichern: Man wollte verhindern, dass

⁸ Die angemessene Verzinsung besteht in dem Ausmaß des jährlichen Produktivitätsfortschritts (historisch rund zwei Prozent pro Jahr) zuzüglich der erwarteten Inflationsrate.

⁹ Kein nationales Parlament hat ein umfassendes Kontrollrecht gegenüber dem ESM. Die nationalen Parlamente müssen allerdings den Hilfskrediten des ESM zustimmen. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass dies eine Formsache ist. Regierungsvertreter fassen vor Zustimmung der Parlamente bereits die entscheidenden Beschlüsse und informieren die Öffentlichkeit, dass diese aufgrund einer akuten Krisensituation nötig seien und unter größtem Zeitdruck gefasst werden müssten. Kein Parlamentarier kann es da noch wagen, zu widersprechen, ohne die eigene Regierung zu stürzen und Neuwahlen und den Verlust seines Mandates befürchten zu müssen.

Regierungen oder Parlamente der EZB Anweisungen zum Gelddrucken geben können. Nun verkehrt sich diese ursprünglich sinnvolle Unabhängigkeit in ihr Gegenteil. Die EZB ist willens, durch „Gelddrucken“ monetäre Staatsfinanzierung zu betreiben und niemand kann sie daran hindern, weil sie unabhängig ist. Die EZB betreibt Verteilungspolitik, indem sie die Umverteilung von Sparern hin zu Schuldnern begünstigt, und niemand kann sie daran hindern, weil sie unabhängig ist. Zwei weitere wesentliche Elemente der „Eurorettungspolitik“ sind damit der demokratischen Legitimation und der parlamentarischen Kontrolle entzogen.

Und die Bankenunion? Auch sie wird nicht parlamentarisch kontrolliert, denn raffinierterweise hat man entschieden, die Bankenunion der Europäischen Zentralbank zu unterstellen, und diese ist bekanntlich unabhängig. Die Vergemeinschaftung der Bankschulden, die wesentlichen Entscheidungen darüber, wie marode Banken abgewickelt werden, welche Gelder dafür eingesetzt werden und welche Lasten Sparer, Unternehmer und andere Bankkunden daraufhin tragen müssen, wird technokratisch entschieden werden - ohne parlamentarische Kontrolle.

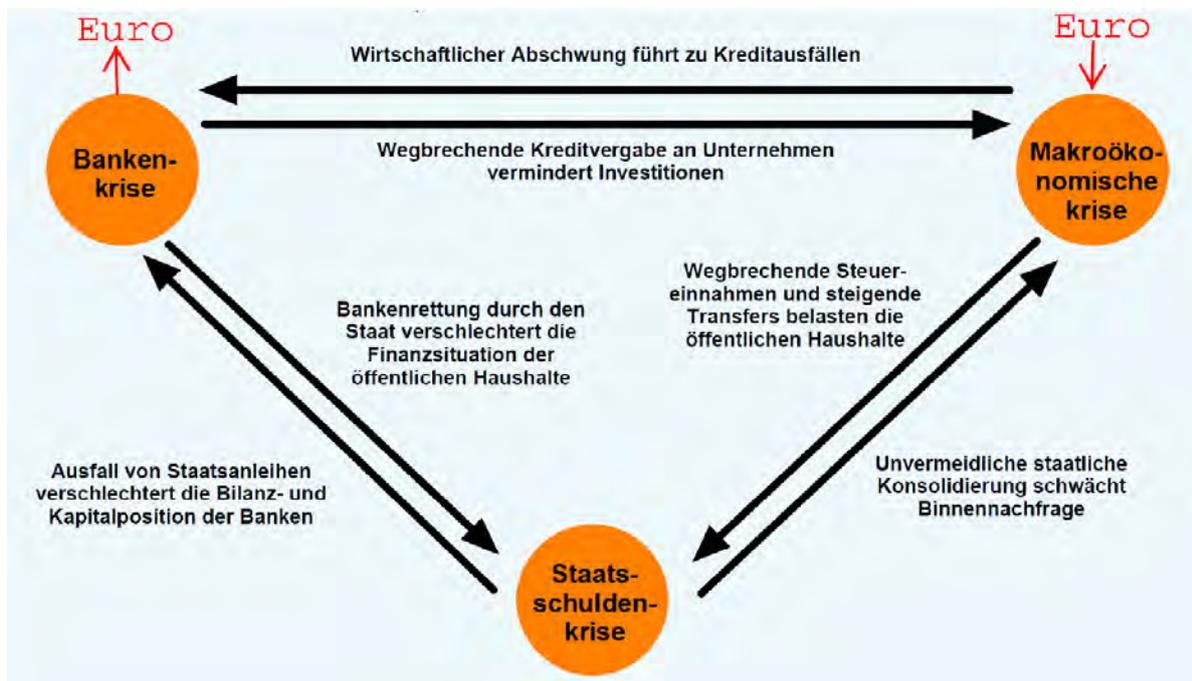
Alles dies sind Schritte hin zu einem undemokratischen europäischen Überstaat oder zumindest zu einer europäischen Wirtschaftsregierung, die ohne demokratische Legitimation in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten eingreifen wird. Erste Kostproben haben wir bereits erhalten, als die EU-Kommission vor einigen Wochen die angeblich zu großen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse kritisierte und Maßnahmen zu überprüfen ankündigte, mit denen man der als problematisch angesehenen deutschen Wettbewerbsfähigkeit entgegenwirken könnte. Nichts davon ist demokratisch legitimiert oder gibt den Willen der deutschen Bevölkerung wieder. Mit ihren neuen Institutionen hat sich die EU von ihrem Wertefundament „Demokratie“ mit Siebenmeilenstiefeln entfernt.

Martin Schulz (SPD), der Präsident des Europäischen Parlamentes, formulierte es vor einigen Wochen so: „Wäre die EU ein Staat, der sich um Aufnahme in die EU bewürbe, so müsste das Aufnahmegesuch abgelehnt werden – wegen offenkundiger Demokratiedefizite“.

Anhang 1:

Die wechselseitige Abhängigkeit der drei „Säulen“ der Eurokrise (Staatsschuldenkrise, Makroökonomische beziehungsweise Wettbewerbskrise, Bankenkrise) veranschaulicht die folgende Graphik.

Ich habe darin den Euro an zwei Stellen ergänzt: Zum einen wirkt der Euro auf die Makroökonomische Krise, weil nicht wettbewerbsfähige Staaten durch die gemeinsame Währung daran gehindert sind, abzuwerten und sich damit Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, ohne Lohnsenkungen durchsetzen zu müssen. Zum anderen führt eine Bankenkrise zu einer Gefährdung des Euro als Zahlungsmittel, weil Banken, die nicht mehr solvent sind, sich nicht mehr bei der EZB refinanzieren können und deshalb ihren inländischen Kunden den Euro nicht mehr als Zahlungsmittel zur Verfügung stellen können.



Anhang 2:

Die EU hat diverse Vorläuferorganisationen, in denen die heutigen EU-Länder seit circa 1960 organisiert waren. Dazu zählt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und (ursprünglich konkurrierend, dann weitgehend mit ihr verschmelzend) die Europäische Freihandelszone EFTA. Einzelne EFTA-Staaten wie Norwegen zählen heute zum EU-Binnenmarkt ohne Teil der EU zu sein.

Seit 1960 hat die wirtschaftliche Integration Europas, die mit EWG und EFTA namhaft Gestalt annahm und schließlich im europäischen Binnenmarkt mündete, erheblich zum wirtschaftlichen Erfolg Europas und zum Abbau von Spannungen zwischen europäischen Staaten beigetragen, denn der wirtschaftliche Erfolg kam allen beteiligten Staaten zugute und in überproportionalem Maße den ärmeren Staaten Europas. Da die ärmeren Staaten Europas schneller wuchsen als die reicheren Staaten Europas, reduzierte sich das Spannungspotential und Konflikte konnten im konstruktiven Miteinander gelöst werden.

Um dies zu veranschaulichen, teile ich die heutigen EU-Staaten (noch ohne Kroatien) in zwei Gruppen auf: „Arme“ Staaten, die vor 50 Jahren ärmer waren als Großbritannien und „reiche“ Staaten, die mindestens so reich waren wie Großbritannien (jeweils gemessen am realen BIP pro Kopf der Bevölkerung). Die beiden Gruppen sind:

„Arme“ Länder:

Bulgarien, Estland, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Zypern.

„Reiche“ Länder:

Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden.

Diese Einteilung ist insofern naheliegend, da als „arm“ dann im wesentlichen Süd- und Osteuropa klassifiziert wird, während „reich“ Mittel- und Nordeuropa ist. (Ausnahme Irland).¹⁰

Betrachtet man nun das Wachstum des realen pro-Kopf-Einkommens in diesen Staatengruppen als Durchschnittswerte über jeweils eine Dekade (zehn Jahre), so erhält man die klare Aussage, dass reiche und arme europäische Staaten von 1960-2000 stets von deutlichem Wachstum profitiert haben. Überdies (und das ist wichtig) sind die armen Staaten stets im Mittel schneller gewachsen als die reichen, sodass sich die Einkommensunterschiede in Europa in einer positiven, allgemein wohlfahrtssteigernden Weise vermindert haben:

Wachstumsraten p. a. Reales BIP/Kopf	Arme Staaten	Reiche Staaten
1960-1970	5.5%	3.5%
1970-1980	3.0%	2.5%
1980-1990	2.3%	2.1%
1990-2000	1.8%	1.3%

¹⁰ Brauchbare Daten für Osteuropa gibt es erst ab 1990. Ich verwende im Folgenden Daten immer dann, wenn sie verfügbar werden. Die Angaben vor 1990 sind daher ohne Osteuropa.

Die Bilanz der europäischen Einigung vor Einführung des Euro (1960-2000) fällt also in dieser Betrachtung uneingeschränkt positiv aus. Europa hat durch wirtschaftliche Integration und Wachstum allseits zu Frieden und Wohlstand beigetragen.

Seit Einführung des Euro haben sich diese Dinge grundsätzlich verändert. Seither entwickelt sich Europa auseinander. Ich betrachte hier die letzten 10 Jahre, 2003-2013 und unterscheide nicht nur zwischen „armen“ und „reichen“ Staaten, sondern auch zwischen denen, die den Euro als gemeinsame Währung hatten und denen, die beim Euro abseits stehen:

2003-2013	Arme Staaten	Reiche Staaten
Ohne Euro	3.3%	0.5%
Mit Euro	-0.5%	0.9%

Die „armen“ Staaten ohne Euro (im wesentlichen Osteuropa) sind auch von 2003-2013 noch (viel) stärker gewachsen als die „reichen“ Staaten ohne Euro. Hier hat sich die Erfolgsgeschichte des letzten Jahrhunderts also fortgesetzt. Die „armen“ Staaten mit Euro (Südeuropa plus Irland) aber sind geschrumpft, während die reichen Euro-Staaten gewachsen sind (und zwar schneller als die reichen Nicht-Euro-Staaten). Für die Eurozone gilt daher: Erstmals in der Geschichte der EU sind die armen Staaten ärmer und die reichen Staaten reicher geworden. Die Erfolge der europäischen Einigung, die Erfolge, die die EU und ihr Binnenmarkt bis zum Ende des letzten Jahrhunderts erzielt haben, wurden zurückgebaut – und dieser Prozess hält an. Der Euro spaltet Europa!

Die Jahrtausendwende ist damit zu einer Wende in der Geschichte der EU und der europäischen Einigung geworden. Durch die Einführung des Euros als gemeinsamer Währung wurden Teile Europas systematisch und bis heute andauernd benachteiligt. Die EU ist seither von einer Wachstumslokomotive zu einer Umverteilungsmaschine geworden. Zudem wird sie, wie oben bereits dargelegt, zunehmend von undemokratischen Institutionen beherrscht. Seit der Einführung des Euros ist Europa auf dem falschen Gleis und auf diesem Gleis fährt Europa unvermindert in die falsche Richtung. Weil der anfängliche Fehler nicht korrigiert werden soll, folgt eine Fehlentscheidung auf die andere und Europa entfernt sich immer mehr von seinem eigentlichen Ideal: Einer demokratischen Gemeinschaft souveräner Staaten, die gemeinsam und für alle beteiligten Staaten Wachstum und Wohlstand als essentiellen Teil ihres nationalen Interesses befördern.

Dieses Europa wiederherzustellen ist der politische Auftrag der AfD.